

EURO

Warum die Währungskrise Europa voranbringen könnte

Sollten wir Irland und Griechenland dankbar sein? Sie stürzten den Euro in eine tiefe Krise – doch diese ist eine Chance für mehr Zusammenhalt in der EU. Ein Gastbeitrag

VON Jorgo Chatzimarkakis | 04. Dezember 2010 - 19:45 Uhr

© Arne Dedert /dpa



Der Euro ist derzeit unter Druck

"PIIGS" ante Portas – mit der Bankenkrise in Irland ist nach der Rettungsaktion für die Griechen die Angst um die Existenz des Euro zurückgekehrt: Portugal gilt als nächster Kandidat, in Spanien ist eine gigantische Immobilienblase bis zum Platzen gespannt.

Die gute Nachricht ist, dass wir auf die Krise besser vorbereitet sind als noch vor einem Jahr. Im Mai haben sich die EU-Staaten auf einen 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm geeinigt, um die Finanzmärkte zu beruhigen.

JORGO CHATZIMARKAKIS

ist seit 2004 FDP-Europaabgeordneter in Brüssel. Er wurde in Duisburg geboren und hat die deutsche und die griechische Staatsbürgerschaft.

Chatzimarkakis ist unter anderem Mitglied im EU-Haushaltskontrollausschuss.

Die schlechte Nachricht ist, dass es die EU-Regierungschefs bislang nicht geschafft haben, uns schlüssig zu erklären, wie es mit der Eurozone weitergehen soll, und wie sie die europäische Einigung voranbringen werden.

Niemand hat im Rat ein überzeugendes Konzept, was nach dem Auslaufen des Rettungsschirms im Jahr 2013 kommen soll. Niemand scheint zu wissen, wie die gigantischen Schuldenberge der EU-Staaten jemals wieder abgebaut werden: Die 16 Euro-Länder haben rund sieben Billionen Euro Miese. Der Fairness halber muss man hier anführen, dass der explosionsartige Anstieg der Schulden in einigen Ländern auf die Rettung der Banken zurückzuführen ist, die sich am Markt verzockt haben.

Historisch ist Europa durch jede Krise stärker geworden. Sollten wir den Griechen vielleicht dankbar sein, dass sie den Euro unabsichtlich in Gefahr gebracht haben? Dank ihnen haben wir immerhin einen halbwegs funktionierenden Krisenmechanismus.

Sollten wir vielleicht auch den Iren dankbar sein? Wir könnten jetzt beweisen, dass Europa die richtigen Lehren aus vergangenen Krisen gezogen hat.

Natürlich meine ich mit diesen Thesen nicht, dass Griechenland oder Irland in der Vergangenheit korrekt gehandelt haben. Doch Europa ist nicht ganz unschuldig. Alle haben weggeschaut, als sich die Hellenen mit falschen Zahlen in den Euro mogelten und riesige Schuldenberge anhäuften. Niemand hat den Iren auf die Finger geklopft, als die ihren Banksenktor in völlige Anarchie abgleiten ließen. Und Europas Banken haben weiter kräftig Geld in Länder gebuttert, die erkennbar in einer desaströsen Lage waren.

Im Jahr eins nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon steht Europa also am Scheideweg: Entweder schaffen wir jetzt mehr Europa gegen den Zeitgeist der nationalstaatlichen Renaissance, oder Europa zerfällt in einen losen Club, in dem der kleinste Nenner Arbeitsgrundlage ist.

Vom Europäischen Rat, also der Vertretung der europäischen Regierungen, sind nennenswerte Impulse nicht zu erwarten. Der Rat ist nicht in der Lage, angesichts der großen Herausforderungen mit einer Stimme zu sprechen, und verabschiedet sich zunehmend von der Gemeinschaftsmethode, also der gleichberechtigten Entscheidung aller EU-Mitglieder.

Und Ratspräsident Herman van Rompuy? Er ergeht sich in Untergangsszenarien, anstatt den Mitgliedsstaaten zu vermitteln, dass sie jetzt an einem Strang ziehen müssen.

Dazu braucht es allerdings auch überzeugte Europäer. Doch in Deutschland ist die europäische Einigung keine Priorität, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in Brüssel viel Kredit verspielt. Für Nicolas Sarkozy steht allein die Frage im Zentrum: "Und was bringt mir das?" Das Vereinigte Königreich fährt unter Cameron eine budgetpolitische Antihaltung zu Brüssel.

Aber auch die östlichen Mitgliedsstaaten, die Europa viel zu verdanken haben, distanzieren sich. Die slowakische Ministerpräsidentin Iveta Radičová weigerte sich im August, an den Finanzhilfen für Griechenland zu beteiligen. Polens Premier Tusk preist sein Land

als "neue grüne Insel" und lässt so Schadenfreude anklingen. Europäische Solidarität? Fehlanzeige!

"Mister Euro", Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker, einer der letzten wirklichen Europäer, hat jetzt zurecht gefordert, dass endlich Schluss sein müsse mit dem Drang vieler Regierungschefs, der nationalen Öffentlichkeit mitzuteilen, man habe sich gegen Europa durchgesetzt.

Die eigentliche Kraft, die die Europäische Einigung verteidigen könnte, sitzt im Europäischen Parlament. Das Parlament bearbeitet europäische Themen nicht in geheimen Hinterzimmern wie im Rat, sondern vor einer breiten europäischen Öffentlichkeit. Und das Parlament wird antieuropäische Deals wie etwa "Deauville" (Eurokrisenmechanismus) nicht zulassen, hier besteht unter meinen Kollegen breiter Konsens.

Das Europäische Parlament entscheidet nämlich durch den Vertrag von Lissabon bei Änderungen am Stabilitätspakt mit und wird die Umwandlung der EU zu einer Transferunion oder Stimmrechtzug für Defizitsünder nicht legitimieren.

Wenn wir das dauerhaft verhindern wollen, dann brauchen wir eine breite Debatte darüber, dass die dramatischen Schuldenberge Ausdruck falschen Wirtschaftens sind. Schulden sind Ausdruck von Volkswirtschaften, die nicht wettbewerbsfähig sind. Sie sind auch Ausdruck einer falschen Haushaltsphilosophie, die nicht auf Nachhaltigkeit basiert, sondern der kommenden Generation die Kosten aufbürdet.

Europa kann nicht länger die Augen davor verschließen, dass wir durch das zähe Festhalten an alten Besitzständen massiv an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Europa verfasst großspurige Strategiepapiere, die dann doch grandios scheitern, weil sie im EU-Klein-Klein verhackstückt werden, so etwa die Strategie von Lissabon.

Auch die 2020-Strategie hat das Zeug, zum europastrategischen Papiertiger zu werden. Stattdessen sollte endlich die Vollendung des Binnenmarktes angegangen werden, so würde in Europa echtes Wachstum entstehen, das über die derzeitigen mickrigen Werte hinausgeht. Deutschland könnte allein durch eine Deregulierung seines Dienstleistungssektors hohe Zuwachsraten erzielen.

Und die "PIIGS"? Diese Länder brauchen einen Crashkurs in nachhaltigem Wirtschaften, Direktinvestitionen aus der EU und mehr europäischen Patriotismus. Wieso erkennt nur China das Potential Griechenlands im Bereich Transport und investiert? Wo sind die Europäischen Patrioten, die nicht fragen, was Europa für sie tun kann, sondern die sich fragen, was sie für ihren Kontinent tun können?

Europa bleibt die große politische Vision des 21. Jahrhunderts, wir haben keine andere. Die Menschen möchten Europa. Aber sie wollen nicht dieses Europa, ein Europa, das sich in nationalen Egoismen zerfasert. Sie wollen ein soziales, sie wollen ein demokratisches

und liberales Europa, das funktioniert. Ein Europa, das für den Menschen da ist – und nicht umgekehrt.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/euro-griechenland-irland>